

Pösemers Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Sonnabend, 10 Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen-Annahme-Bureau
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. F. Ulrich & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei T. Streiland, in Breslau b. Emil Kabath.

Annoncen-Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. T. Danke & Co., Haase & Vogler, Rudolph Moske. In Berlin, Dresden, Grlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 103.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Inserate 20 Pf. die schlaggehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Vom Landtage.

16. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 9. Febr. 10 Uhr. Am Ministerische Graf zu Eulenburg und mehrere Kommissarien.
Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für das Jahr 1875 werden der Rechnungs-Kommission überwiehen.

Dann setzt das Haus die zweite Berathung des Staatshaushaltsetats und zwar des Etats des Ministeriums des Innern fort.

Zu Kapitel 22a, Standesämter, bringt Abgeordneter von Schorlemer-Alt Klagen über die großen Kosten der liberalen Gesetzgebung, die schlimmen Einflüsse der Zivilehe auf das kirchliche Leben, die immer steigende Zahl der nicht getauften Kinder und nicht getrauten Ehepaare vor und giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Regierung von allen ihren Beamten die kirchliche Trauung fordere; denn er sei mit allen derartigen Erlassen einverstanden, welche das Ansehen der Zivilehe herabsetzen.

Abg. Petri weist diese Vorwürfe gegen die Zivilehe als durchaus unberechtigt zurück. Das gerade sei der Vorzug der Zivilehe, daß die Leute zur Eheschließung von religiösen Akten nicht mehr gezwungen werden, welcher Zwang mit dem Wesen der Religion unvereinbar sei. Er giebt dem Vorredner ferner zu bedenken, daß die Leute, welche jetzt die Eheschließung kirchlich unterlassen, noch unter dem alten Regimente erzogen worden sind.

Abg. v. Thotarski beklagt es, daß in den polnischen Landes- theilen die Standesbeamten der polnischen Sprache nicht mächtig, seien, sondern sich mit Dolmetschern behelfen müßten.

Geb. Reg. Rath Herrfurth erwidert, daß, soweit es möglich sei, alle Standesbeamtenstellen in überwiegend polnischen Landes- theilen mit polnisch redenden Personen besetzt seien, wo das nicht möglich war, mußte nothwendig zur Hilfe von Dolmetschern gegriffen werden.

Zu Kap. 94, Landdrostieen, erhebt Abg. v. Grote Be- schwerden gegen den Landdrosten von Lüneburg wegen ungeschieblicher Wahlbeeinflussung und gegen den dortigen Kreisshauptmann wegen ungerechtfertigten Vorgehens gegen Gemeindevorsteher etc., welche den welschen Wahlaufruf mitunterzeichnet hatten.

Bei Kap. 95, Landräthliche Behörden und Aemter“ bringt Abg. v. Schorlemer-Alt eine andere Wahlbeeinflussung zur Sprache; der Landrath Himmel hat die Befugnisse erlassen, daß wegen des Ausfalls der Wahl keine Erlaubniß zu Eamustufen, bei Kurmessen und dergl. mehr ertheilt werden solle (Heiterkeit); ein solcher Beamter, der doch eigentlich das Ansehen und all- gemeine Vertrauen im Amte verleiht habe und abgesetzt werden müßte, sei nun noch zum Geheimen Regierungsrath befördert worden.

Kedner beklagt ferner, daß die Sparkassen in Westfalen ihrem eigent- lichen Zwecke ungetreu geworden seien und sich zu Depositenkassen um- gebildet haben; sie leihen viel Gelder auf Hypotheken aus und er- leiden bei den jetzt sehr häufigen Substitutionsen namhafte Verluste.

Geb. Reg. Rath Herrfurth: Die Regierung theilt den Wunsch, daß die westfälischen Sparkassen ihrer ursprünglichen Bestimmung wieder zugeführt werden, und daß bei Verleihung ihrer Kapitalien größere Vorsicht angewendet wird; es fehlt ihr indessen an Macht; denn die Sparkassen sind selbstständig und stehen unter Aufsicht der betreffenden Kommunen, nicht der Regierung.

Abg. Graf Bethusy-Suc wünscht Auskunft über folgende den Kommissarien des Hauses gegenüber abgegebene Erklärung der Re- gierung: „Die Gehaltsklassen der Landräthe Kreis- und Amtshaupt- männer sind, innerhalb der Maximal- und der Minimalgrenze, mit Beträgen von 300 Ml. abgestuft. Das Aufsteigen in höhere Gehalts- klassen erfolgt — und zwar durch die ganze Monarchie — nach dem Dienstalter, soweit nicht in einzelnen Fällen aus dienlichen Rücksichten eine Ausnahme gemacht werden muß.“ Er wünscht zu erfahren, welches die Ausnahmen aus dienlichen Rück- sichten seien. Falls damit etwa das Verhalten der Landräthe gemeint, so könnten solche Ausnahmen beim Publikum den Schein hervorrufen, als ständen sie zwischen Zuckerbrod und Beitsche. Ein solcher Ver- dacht müßte das Ansehen der Behörden nothwendig schädigen.

Geb. Reg. Rath Herrfurth erklärt, daß die Landräthe je nach ihrem Dienstalter in die höhere Gehaltsklasse hinaufsteigen; eine Aus- nahme davon existire thatsächlich augenblicklich nicht; die Ausnahmen bealte sich die Regierung nur für solche Fälle vor, wenn etwa zur Zeit, wo das Aufsteigen erfolgen sollte, eine Disziplinaruntersuchung oder Verhandlungen über Zur-Dispositionsstellung schweben oder der Landrath suspendirt ist.

Abg. Noederath beklagt sich über das ungerechtfertigte Vor- gehen der Polizeibeamten im Auftrage des Landraths bei den Wahlen besonders in den westlichen Provinzen.

Abg. Windthorst (Bielefeld) erklärt, daß aus dem Schweigen seitens seiner Parteigenossen bei derartigen Klagen über Wahlbeein- flussungen nicht der Schluß gezogen werden dürfe, als seien sie mit einem solchen Vorgehen der Regierung einverstanden; man könne es doch aber kaum zugeben, daß jeder Abgeordnete aus seiner Gegend solche Schmerzensschreie vorbringt. Andererseits würde nichts dagegen einzuwenden sein, wenn sich das Centrum mit den anderen Oppositions- Parteien zusammenfände und diese Fragen einmal im Ganzen und Großen vorbrächte; zu einem so kleinen Kampfe sei die Zeit des Hauses aber zu kostbar.

Abg. v. Meyer (Arnsvalde) verwahrt sich dem Abg. Grafen Bethusy-Suc gegenüber dagegen, daß die Landräthe zwischen Zucker- brod und Beitsche ständen; die Behandlung der Landräthe sei eine ganz anständige, ihre Stellung ganz unabhängig; er selbst sei ein lebendiges Denkmal hierfür. (Heiterkeit) Wenn sie natürlich zu über- mäßigen Agitationen sich hergeben, so sei die Regierung ganz berech- tigt, sie zu züchtigen.

Abg. Graf Bethusy-Suc konstatiert, daß er nur gesagt habe, das Recht der Regierung bei dem Aufsteigen in höhere Gehaltsklassen Ausnahmen zu machen, könne den Schein erregen, als ob die Land- räthe zwischen Zuckerbrod und Beitsche ständen.

Abg. Lasker: Die Erklärung des Abg. Windthorst (Bielefeld) charakterisirt ganz genau den Standpunkt, auf welchem auch wir stehen. Wenn wir uns in derartige Beschwerden wegen Wahlbeein- flussung nicht einmischen, so liegt das eben daran, daß man unter ge- schickter Vertheilung der Rollen die wirklichen Beschwerdepunkte in die Länge zerrt (Widerpruch im Centrum) und statt zu wirklichen kon- zentrierten Verhandlungen uns jeden Augenblick zu kleinen Schar- mischen aufruft, wozu wir keine Lust und keine Zeit haben. Ich kann versichern, daß wir einen Mißbrauch der Regierungsgewalt ebenso sehr mißbilligen, wie jede andere Partei; bei der rechten Art der Verhandlung werden Sie uns zur Stelle finden.

Abg. Dautzenberg bemerkt, daß er und seine Parteigenossen gern auf den von den Abgg. Windthorst und Lasker gemachten Vor- schlag eingehen würden, wenn sie nur nicht die Erfahrung gemacht hätten, daß die Liberalen die Beschwerden der Zentrumsparthei gegen- über sich nicht bis ans Herz hinan verhalten, und daß man sogar seiner Freude über einzelne derartige Maßregelungen Ausdruck gegeben hätte. Zur Erheiterung des Hauses verliest Kedner dann einen Erlaß des Bürgermeisters von Seilentröden, welcher den Grubenarbei- tern bei Androhung von Polizeistrafen auf das Strengste verbietet, mit geschwärtzten Gesichtern und Händen, ohne sich gewaschen zu haben, auf den öffentlichen Straßen zu erscheinen. (Große Heiterkeit.) Man sehe daraus, daß nicht bloß das geistige Schwarzsein bestraft werde, sondern auch das Körperliche.

Abg. Windthorst (Bielefeld) protestirt auf das Entschiedenste dagegen, daß man von liberaler Seite über die Wahlbeeinflussungen seitens der Regierung seine Freude ausgedrückt habe; das sei von keiner Seite des Hauses geschehen. (Sehr richtig!) Die Herren vom Centrum führten die liberalen Parteien nur zu oft in die unerquickliche Lage, daß die Beschwerden nicht wahr seien (Widerpruch im Zen- trum), und daß in zahlreichen Fällen der gesetzlich gewährte Instan- zenweg nicht beschritten sei. (Sehr wahr!) Was den vom Vorredner vorgelesenen Erlaß betreffe, so sehe er, der Kedner, nicht ein, wie man darin eine Maßregel gegen die Ultramontanen erkennen solle; es sei denn, daß der Vorredner diesen Erlaß speziell auf sich und seine Freunde bezogen habe. (Heiterkeit.)

Abg. Dautzenberg erklärt, daß der Abg. Windthorst (Biele- feld) selbst seine Freude geäußert habe, als er, der Kedner, eine der- artige Beschwerde wegen Maßregelung von Gemeindebeamten vor- gebracht habe. Daß man bei jeder Beschwerde den Instanzenweg be- schreiten solle, sei unmöglich, da die Zahl derartiger Fälle Legion sei. Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abgeordneter Windthorst (Bielefeld), daß ihn die persönliche und eigentlich ehrenrührige Bemerkung des Vorredners, daß er seine Freude über unberechtigte Maßregelung seitens der Regierung geäußert habe, ganz „bis ans Herz hinan“ lasse; er habe damals seine Freude nur über eine gesetzliche Maßregel des Hauses ausgedrückt; es sei sehr zu bedauern, wenn man eine solche sachliche Differenz und eine persönliche Erregung nicht mehr unterscheiden könne.

Ferner bemerkt der Abg. v. Schorlemer-Alt persönlich, daß er sich dagegen verwahren müsse, daß die von ihm vorgebrachten Beschwerden nicht wahr seien; er habe die amtlichen Dokumente ver- lesen, und wenn da der Vorredner noch sagen könne, daß die Be- schwerden nicht wahr seien, so müsse er an seinem gesunden Menschen- verstand zweifeln. (Dolh links.)

Abg. Windthorst (Bielefeld) bemerkt, daß er nur von Be- schwerden im Allgemeinen gesprochen und die Person des Abg. von Schorlemer-Alt gar nicht bezeichnet habe.

Einzelne Titel des Kapitels 96, „Polizei-Verwaltung in Berlin“ werden auf Antrag des Abg. Weber (Erfurt) an die Budgetkommission verwiesen; derselbe begründet seinen Antrag damit, daß die Stellung des Polizei-Präsidiums zu Berlin eine ganz eigen- thümliche sei, weil es direkt unter dem Ministerium stehe und früher die höhere Instanz über sich selbst bildete. Jetzt ist allerdings durch die neue organische Gesetzgebung der Oberpräsident als höhere Instanz eingeführt worden. Das Polizei-Präsidium von Berlin scheine num- mehr zu fürchten, daß es in Folge dessen nicht mehr genug zu thun habe, und sucht seine landespolizeiliche Befugniß auf Gebiete auszu- dehnen, auf denen sie nicht vorhanden ist. So hat es z. B. anlässlich des neuen Bebauungsgesetzes der Stadt Berlin hinsichtlich der An- legung und Durchlegung von Straßen Gemüthe in den Weg gelegt, wodurch die wirtschaftlichen und Verkehrsinteressen schwer geschädigt wurden.

Zu einem anderen Titel desselben Kapitels beklagt Abg. Kö- rath die Unfähigkeit der Berliner Polizei bei Beaufsichtigung der Kol- portage unflüchtigen Schriften und Bilder, und wünscht, daß sie auch auf Annoncen unflüchtigen Inhalts ihr Augenmerk richte, denn trotz des Beschlusses des Journalistentages hätten mehrere größere Zeitungen, wie z. B. die „Kölnische“, die „Wossische“ und die „National-Zeitung“ derartigen Annoncen wieder ihre Spalten geöffnet, und nur die „Kreuz-Zeitung“ mache eine rühmliche Ausnahme.

Die Titel werden sämmtlich unverändert genehmigt.

Zu Cap. 97, „Polizeiverwaltung in den Provin- zen“ beklagt sich Abg. Fuchs über verschiedene Maßregelungen der Ultramontanen und Angebrigkeiten von Seiten der Polizeibehörden bezüglich der Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts. So sei eine Wahlversammlung in der Rheinprovinz von dem Polizeibe- amten aufgelöst worden, weil ein Kedner den Fürsten Bismarck in gewissem Sinne seinen Kollegen genannt habe, eine andere gar, weil darin über Politik gesprochen sei. (Große Heiterkeit.) In Dülken sagte ein Kedner, er wünsche, daß das Land bald von den Wänden befreit werde, in welche es die Liberalen geschlagen. Darauf erklärte der Polizeiamtman, der noch dazu der Bürgermeister war, die Ver- sammlung für aufgelöst mit den Worten: „Die Liberalen sind keine Wände!“ (Heiterkeit.) Selbst die Schwelle des Gotteshauses schlie- ße nicht mehr vor diesen Maßregelungen, so sei in einem Wallfahrtsorte ein Polizeibeamter in die gefüllte Kirche gedrungen und als der Vikar auf der Kanzel einer ungerechtfertigten Maßnahme von Seiten der Behörde gegen den Wallfahrtsprediger Erwähnung that, rief er laut: ich erkläre hiermit diese Versammlung für aufgelöst! Nur mit Mühe konnte in diesem Falle bei der Erregung der Gemüther ein bestiger Zusammenstoß vermieden werden. Möge die Regierung endlich Schritte thun, um solchem Pöbelwesen im Lande ein Ende zu machen.

Abg. v. Schorlemer-Alt: Der Abg. Windthorst (Biele- feld) macht uns vorhin das Anerbieten, wir möchten uns mit den Oppositionsparteien vereinigen, um unsere Beschwerden mit einem großen Schläge zu erledigen. Ich glaube schon daraus die Hoffnung schöpfen zu dürfen, daß er wirklich zur Oppositionspartei gehöre, was mir bisher zweifelhaft erschien, und daß er uns unterstützen würde. Er hat aber gleich darauf diese Hoffnungen gründlich zerstört. Möge er sich doch einmal erinnern, wie seine Partei in der Konfliktzeit die Etatsberatungen zur Vorbringung von Beschwerden ausgenutzt hat; wir brauchen kaum so viel Tage, als damals Wochen über die Etats- beratung hingingen. Herr Windthorst (Bielefeld) steht für mich ganz auf dem Standpunkte des Herrn v. Sybel, und ich erkläre: in jede andere Hand der Oppositionspartei würde ich einschlagen, in seine nicht. Ebenso warf uns Herr Lasker vor, daß wir unter Ver- theilung der Rollen die Beschwerden in die Länge ziehen. Herr Lasker scheint gar kein Gefühl dafür zu haben, wie sehr er selbst die Schuld des Hauses in Anspruch nimmt. Dem Minister des Innern kann ich nur rathen, daß er seine in Versammlungen beaufschlagenden Beamten anweise, deutlich zu lernen und deutlich zu verstehen. Es ist traurig und beschämend für ihn, wenn aus solchen Ursachen und Mißverständnissen, wie wir es gehört haben, Versammlungs-Auf- lösungen erfolgen.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Wenn meine Parteigenossen

früher in der Konfliktzeit die Budget-Berathungen zu Beschwerden benutzten, so ist das richtig, ich konstatire aber, daß das damals in würdiger Weise geschah. Aus dem Munde des Vor- redners bin ich Vieles zu hören gewohnt, aber das thut mir doch leid, daß er der Versuchung nicht hat widerstehen können, seinem Kollegen Schröder (Lippstadt) Konkurrenz zu machen. (Unruhe im Centrum.)

Abg. v. Schorlemer: Unsere Beschwerdeführung soll also eine „nicht würdige“ sein. Nun, ich kenne meine Würde so gut, daß ich dem Vorredner hierauf gar nichts erwidere.

Zu Kap. 98, Tit. 1: Distriktskommissare beantragt Abg. v. Colmar statt der Worte: 134 Polizeidistriktskommissarien mit je 2400 Mark“ zu setzen: 134 Polizeidistriktskommissarien mit 180 Mark bis 3000 Mark, im Durchschnitt 2400 Mark, steigend nach der Anzianität mit 100 Mark durch die ganze Provinz.“ Der An- tragsteller weist darauf hin, daß für alle ähnlichen Kategorien von Beamten ein Durchschnittsgehalt ausgemittelt sei. Diese Einrichtung entspreche erfahrungsmäßig den Wünschen der Beamten und dem Interesse des Dienstes.

Nachdem sich der Regierungskommissar gegen den An- trag ausgesprochen, wird derselbe vom Hause abgelehnt und die Po- sitionen nach dem Etat bewilligt.

Zu Kapitel 99: „Landgendarmarie“ beantragt Abg. v. Meyer (Arnsvalde): Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im nächsten Staatshaushaltsetat für eine angemessene Vermehrung der Landgendarmen zu sorgen.

Abg. v. Meyer (Arnsvalde): In Berlin und Umgegend kommt ein Schutzmann oder Gensdarm auf 430 Seelen, in dem ganzen übrigen Lande dagegen ein Gensdarm auf 6430 Seelen. In Frank- reich, wo es 30, 0 Gensdarmen giebt, kommt auf je 1200 Seelen schon ein Gensdarm, mithin ist hier in Frankreich fünfmal so gut ge- stellt als Preußen. Der Gensdarm ist insbesondere auf dem Lande die unentbehrlichste und vorzugsweise wirksame Autorität, die oft höher geachtet wird, als selbst der Landrath. (Heiterkeit.) Bis vor Erlass der Kreisordnung hatte ich als Landrath 6 Gensdarmen zu meiner Verfügung; jetzt sind diese 6 vertheilt auf die 23 Amtsvor- steher des Kreises, mithin kommt auf jeden Amtsvorsteher jetzt 0,28 Gensdarmen. Daß das nicht genügt, werden Sie einsehen. Kedner verbreitet sich hierauf in sehr ausführlicher und drastischer Darstellung unter großer Heiterkeit des Hauses über die verschiedenen so zahlreichen und schwierigen Obliegenheiten des Amtsvorstehers auf dem Lande, speziell über das Bagabondenwesen, die sogenannte Unge- zieselpolizei zur Verhütung der Heblaus, der Heuschrecken, Mäuse, Kräupen, des Koloradokäfers etc., über die Rindviehpolizei zur Ver- hütung der Maul- und Klauenseuche etc. und schließt mit der dringen- den Bitte um Vermehrung der Gensdarmen, die das Land so noth- wendig habe wie das liebe Brod.

Regierungskommissar Geh. Rath Kehler: Der Antrag des Abg. v. Meyer ist theils zu unbestimmt, theils zu weit gehend. Die Regie- rung ist vollständig damit einverstanden, daß das, was nothwendig ist, in den Etat eingestellt wird, aber über das, was unter „ange- messen“ zu verstehen ist, läßt sich sehr streiten. Im Jahre 1875 ist eine Uebersicht der Vertheilung der Gensdarmen auf Quadratmeilen und Einwohnerzahl ausgearbeitet worden, und da ergibt sich aller- dings, daß eine große Verschiedenheit stattfindet; in manchen Bezirken kommt ein Gensdarm auf drei Quadratmeilen, in anderen auf weniger als eine; in manchen haben 9000 Einwohner, in anderen 3000 einen Gensdarmen. Man kann sich aber nicht lediglich nach dem Durch- schnitt der Meilen und Einwohner, sondern muß sich lediglich nach den Verhältnissen richten. Es ist durchaus noch nicht abzu- sehen, ob durch die neue Kreisordnung späterhin eine Vermehrung der Gensdarmen noch nöthig sein wird. Jedenfalls kann man dann nicht die Gensdarmen ganz unbestimmt erhöhen, sondern muß sich nach den Bedürfnissen richten. Ich kann Sie daher nur bitten, den Antrag abzulehnen.

Abg. v. Benda: Nach meinen eigenen Erfahrungen kann ich mich den Ausführungen des Abg. v. Meyer nur anschließen, glaube aber nicht, daß es nothwendig sein wird, den Antrag, wie dies sonst bei solchen Anträgen Praxis des Hauses ist, der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Miquel: Auch ich habe die Erfahrung in den westlichen Provinzen gemacht, daß eine Vermehrung der Landgendarmen noth- wendig ist, und ich habe auch schon 1873 einen dahingehenden Antrag gestellt. Aber für bedenklich würde ich es halten, der Regierung gegen ihre ausdrückliche Erklärung, daß es nicht nothwendig sei, eine Ver- mehrung aufzudrängen. Ausgeschlossen dabei ist jedoch nicht, daß die Regierung selbst noch sich genauere Informationen von den einzelnen Behörden einzieht und danach ihre Ansicht ändert.

Regierungskommissar Geh. Rath Kehler: Die Regierung hat bisher jedes Jahr die Gensdarmen vermehrt und damit den Wünschen des Hauses entsprochen. Sie hat auch stets, wo das Bedürfnis vor- lag, Hilfsgendarmen angestellt, aber es würde sich nicht empfehlen, jetzt mit einem Male im Großen vorzugehen.

Abg. v. Meyer: Ich ziehe meinen Antrag zurück, da er doch keine Aussicht auf Annahme zu haben scheint, ich möchte aber der Regierung anheimgeben, sich genauere Informationen über das Be- dürfnis im Lande zu erholen.

Abg. Dr. Petri bittet die Regierung um Auskunft über die rechtliche Stellung der Gensdarmen-Offiziere.

Regierungskommissar Geheimer Rath Kehler erwidert darauf, daß durch den vorjährigen Etat jenen Offizieren eine bestimmte Charge ertheilt worden sei, und daß sie demgemäß auch unter das Militärpensionsgesetz von 1871 fielen.

Abg. Dr. Petri ist der Ansicht, daß, da ein Etatsgesetz nur auf ein Jahr Gültigkeit habe, eine andere gesetzliche Regelung der Frage nothwendig sein würde.

Abg. Kiesche glaubt, daß nach den ausführlichen Erörte- rungen des vorigen Jahres jener Bestimmung, wie der Regie- rungs-Kommissar richtig angegeben, fortdauernde bindende Kraft zuzu- sprechen sei.

Kapitel 99 wird hierauf genehmigt.

Kapitel 100 Titel 1 wirkt „zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei“ 120,000 Mark aus.

Abg. v. Schorlemer-Alt: Aus dem Fonds, um welchen es sich hier handelt, werden auch diejenigen Blätter unterstützt, welche man als Regierungsblätter, Reptilien u. s. w. bezeichnet. Nun ist Ihnen ja nicht unbekannt, daß es einen gewissen Befehrwang für diese Blätter giebt. Neben diesem Befehrwang besteht aber auch noch ein Injurationszwang, indem die Behörden sämmtlich verpflichtet sind, mit Umgehung der gelestenen Blätter die amtlichen Publikationen in jenen Zeitungen zu veröffentlichen. Wenn es sich um Verkäufe und Substitutionen handelt, so geht dies noch an; weiter geht die Sache schon, wenn die Wahlbezirke nur dort publizirt werden; gradezu als unerhört und als eine Beschränkung der öffentlichen

Freiheit aber muß ich es bezeichnen, daß Annoncen, von denen Leib und Leben abhängig ist, wie die Anklage eines Militärschießens für einen gewissen Bezirk, nur in jenen selten gelese- nen Blättern veröffentlicht werden. Da war man ja zur Zeit der Senjur besser daran, wo alles Polizeiwidrige gestrichen wurde, aber alles Andere in jedes Blatt hineinkam. Es handelt sich bei dem vorliegenden geheimen Fonds um eine Sache des Vertrauens, und dies können wir zu diesem Minister nicht haben. Wenn von Seiten der Regierung Beamte abgesetzt werden, nur weil sie eine andere religiöse Anschauung haben, während sie sonst ihre Pflicht erfüllen und das Vertrauen ihrer Mitbürger genießen, so zerfällt das letzte Band zwischen Regierung und Bevölkerung und es wird der Eindruck zurückgelassen, daß man unter einer Fremdherrschaft steht. (Unruhe.) Auf diese Weise wird die kommunale Freiheit und Selbstverwaltung, die Basis aller anderen Freiheiten, zu Grunde gerichtet, und die politische Freiheit wird bald nachfolgen. Alle anderen Parteien werden zurückgewiesen, die Fortschrittspartei, die ultramontane und auch die konservative, und ich möchte wohl wissen, wie der Torsio einer den Augen der Regierung wohlgefälligen Kommunalverwaltung ansieht. Der Minister hat uns aufgefordert, mit sämtlichen anderen Parteien geschlossen gegen die Sozialdemokraten einzutreten. Dazu kann ich die Hand nicht reichen, weil ich der Ansicht bin, daß man gegen eine Partei nicht mit Gewalt vorgehen muß, und mit der Verletzung des Ver- einsrechts wird die Regierung gewiß die Sozialdemokratie nicht un- terdrücken. Dies ist einzig und allein durch die kommunale Frei- heit möglich; schaffen Sie uns diese, und die Kommunen werden schon selbst mit der Sozialdemokratie fertig werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Richter (Hagen): Es handelt sich hier um einen Fonds, der nicht spezifisch sicherheitspolizeilichen Zwecken dient; man hat wohl Grund, Fonds zur Entdeckung von Verbrechen in ihren einzelnen Verwendungen vor Verbrechen geheimzuhalten, aber doch nicht vor der Oberrechnungskammer. Dieser Fonds ist ein politischer, ein Zwillingbruder des geheimen Fonds im Staatsministerium, welcher ja auch unter der Verwaltung des Ministers des Innern steht. Wir sind von jeder gegen diesen Fonds gewesen, den wir nicht für erforder- lich halten und wegen seiner mißbräuchlichen Verwendung unter dem gegenwärtigen Ministerium nicht bewilligen können, weil die Bewilligung ein Vertrauensvotum erhalten würde. Der Minister hat darauf hingewiesen, daß alle Parteien, denen an der Erhaltung der Ordnung und der Gesellschaft gelegen sei, der Sozialdemokratie entgegenzutreten müßten; ich bedauere nur, daß er niemals objektiv über die Sozialdemokratie spricht, sondern das immer benutzt als Kampf- mittel gegen andere, nicht sozialdemokratische Parteien, indem er diesen die Ausbreitung der Sozialdemokratie zum Vorwurf macht. Ich kam diese Art, wie der Minister des Innern diesen Vorwurf gegen die Zentrumspartei machte, nicht für gerechtfertigt halten; die Sozialdemokraten haben mit den Ultramontanen in ihrer Agitations- weise manches Gemeinsame und Verwandte, aber man kann nicht sagen, daß, wo die Ultramontanen vorherrschen, auch die Sozial- demokraten stark vertreten sind; aber aus anderen Gründen, als der Abg. von Schorlemer anführte. Die Intensität des Kampfes ist näm- lich so stark, daß der Ultramontanismus neben sich die So- zialdemokratie noch nicht aufkommen lassen. Das allgemeine Mißverhältnis und die wirtschaftlichen Zustände hat die So- zialdemokratie benutzt zum Kampf gegen die vorherrschenden par- lamentarischen Parteien, auf welche alles das zurückgeführt wurde. Den Tendenzen der Sozialdemokratie stehen die Ideen der libera- len Parteien auf das Schärfste gegenüber, denn auf wirtschaftli- chem Gebiete hat sich eine Trennung der liberalen Parteien noch nicht bemerkbar gemacht. Nach unserer Ansicht kann der Staat viel- fach fördernd eingreifen, aber für den Gang, den die Volkswirt- schaft in dem freien Spiel der Kräfte nimmt, kann man den Staat nicht verantwortlich machen. Wo der Liberalismus zur Herrschaft gelangt ist, wie z. B. in England, giebt es keine Sozialdemokratie; nur der alte Polizeistaat, der überall auch in die wirtschaftliche Thätigkeit eingreifen wollte, konnte es für seine Aufgabe halten, durch seine Einrichtungen die wirtschaftliche Blüte hervorzuheben. Ich will den Herrn Minister nicht als Verkörperung des Polizeistaates hinstellen, er hat sich doch der Befreiung wirtschaftlicher Verhält- nisse nicht in den Weg gestellt, aber in seinen unteren Organen und den ihm befreundeten Parteien stehen diese Anschauungen noch in erheblichem Maße. Die Sozialdemokratie versteht ihr Programm und weist nur auf die allgemeine Kalamität hin, an welcher die jetzigen Minister-Parteien und Gesetze Schuld seien. Die unteren Organe des Ministers haben sich der konservativen Agitation gegen die libera- len warm angenommen, gegen die Fortschrittspartei vielleicht mit etwas mehr Eifer als gegen die Nationalliberalen, und von konservativer Seite wurden für die Kalamität ebenfalls die Liberalen verant- wortlich gemacht; also derselbe Ton wie in den sozialdemokratischen Agitationen. Der Zweck sollte nicht die Mittel heiligen. Der Minister hat neulich bemerkt, die Fortschrittspartei habe ihm den Vorwurf ge- macht, daß er gewissermaßen die Sozialdemokratie gefördert habe; das ist nicht in dem Maße der Fall gewesen; zwei Drittel dieser Schuld fällt auf den kaiserlichen Bismarck; der Minister des Innern hat aber auch die Sache zu leicht genommen und sein ganzes Ver- waltungssystem ist wenig geeignet, der Sozialdemokratie Hindernisse zu bereiten. Politische Maßregeln aller Art, Disziplinierung, Nicht- beistätigung, Versammlungsauflösung dient oft nur dazu, die Agitation noch zu verschärfen und zu beleben. Der Minister des Innern, der bereits 14 Jahre im Amte ist, hat eine größere Verantwortlichkeit für seine unteren Organe, wie jeder andere Minister. Wenn er das Verhalten derselben nur als un- gefährlich bezeichnet, so schreut das keine Beamten ab, auf dem Wege fortzuführen. Vom Zentrum sind derartige Beschwerden vorge- bracht worden und unser Schmeigen dabei soll nicht unser Einverständnis mit den Regierungsmäßigkeiten bedeuten. Die Gebildeten und Besitzenden sollen vereint wirken gegen diese Scheidung der Gesellschafts- klassen, wie sie die Sozialdemokratie anstrebt. Schule Delitzsch hat bei dem ersten Auftauchen der Sozialdemokratie in Berlin in öffent- lichen Vorträgen sich Mühe gegeben, dieser Bewegung entgegenzutreten. Dann sind eine Reihe von Vereinen etc. entstanden, welche mit Beihilfe der oberen Gesellschaftsklassen die unteren in ihren berechtigten Bestrebungen unterstützen sollten, auf wirtschaftlichem Gebiete und durch Vermehrung der Bildung. Aber dafür hat sich der Minister niemals interessiert und niemals ein gutes Beispiel gegeben, wie denn überhaupt der Kreis seines intensiven Interesses ein sehr beschränkter ist. (Heiterkeit.) Und der Beamtenstand, der einen großen Teil der gebildeten Klasse ausmacht, entfällt sich der Teilnahme an diesen hu- manitären Bestrebungen, um sich der vorgesetzten Behörde nicht miß- liebig zu machen. Wenn der Minister nur alles Mißliebige niederhält, so entsteht eben ein gewisses Stillleben, es entstehen Stümpe und die Sozialdemokratie ist eine solche Stumpfpflanze, die am Besten gedeiht, wo wenig reges politisches Leben herrscht. (Sehr richtig.) Daß die Beteiligung bei den Wahlen eine so schwache war, liegt eben in dem Verhältnis der Regierung zum Parlamentarismus; wenn von den Volksvertretern einstimmig Forderungen erhoben werden und der Mi- nister Eulenburg und Fürst Bismarck Interessen dagegen beständig im Widerspruch, so stumpft so etwas das Interesse an den Wahlen ab. Darum kann man das Volk erst dann für den vollen Gebrauch seines Wahlfrechens verantwortlich machen, wenn die Minister in höherem Maße als jetzt der Volksvertretung gegenüber verantwortlich sind. Die Provinzialkorrespondenz warf gleich nach den Wahlen die Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie zusammen und freute sich über die Einbuße, welche die erstere erlitten; das ging aber z. B. der nationalliberalen Partei ebenso. Aber man sagt ja im Sprichwort, daß Jedermann die Keigung hat, zu seiner alten Liebe zurückzukehren und so mag auch der Minister zum ersten Ge- genstand seines Kampfes, zum Kampf gegen die Fortschrittspartei wieder zurückgekehrt sein; aber er sollte doch auch bedenken, daß dieser Kampf der Fortschrittspartei noch nichts geschadet hat, denn wir sind hier in derselben Zeit erschienen, wie vor jener letzten schroffen Ver- urteilung durch die Provinzialkorrespondenz. Bei den Stichwahlen zum Reichstage erschien wieder der Minister auf dem Plane und rief alle „staatsverbaltenden Kräfte“ gegen die Fortschrittspartei auf. Der Humor bekam sein Recht, indem im ersten Wahlkreise die Sozial-

demokraten — von einem Bündnisse kann man allerdings nicht spre- chen — aus eigener Initiative. (Abg. Lasker: Das ist nicht wahr!) Ich bedaure, daß sagen zu müssen; aber ich muß ausführen, daß bekannte sozialdemokratische Persönlichkeiten Stimmzettel für Herrn von Fordenbeck vertheilt haben, und daß die Sozialdemokratie das Resultat, die Wahl des Dr. Mar Hirsch mit dem allgemeinen Ausdruck des Unwillens entgegenzunehmen. Vielleicht hat der Mi- nister auch zu einer größeren Munterheit auf unserer Seite beigetra- gen, denn wir sind bei der Stichwahl außerordentlich glücklich gewes- sen. Die fortschrittliche Hydra ist derartig, daß, wenn es ihm auch gelingt, an einer Stelle einen Kopf abzuschlagen und dafür einen Landrath oder Polizeipräsidenten anzupflanzen, an der anderen Stelle andere Köpfe zu machen. Wir kämpfen gegen den Minister als Staatsmann und gegen seine amtliche Richtung und sind der Mei- nung, daß er der sozialdemokratischen Bewegung gegenüber nicht der richtige Mann ist, und auch aus diesem Grunde neben manchen andern verweigern wir den Fonds. (Beifall in der Fortschritt- partei.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich begreife nicht, wie man mir in derselben Rede eine nur wiederholende Thätigkeit vorwerfen und zugleich sagen kann, daß ich durch die „Provinzialfor- respondenz“ eine rührige politische Agitation hervorgerufen habe. Es ist richtig, daß die Regierung manche Tendenzen hat niederhalten mös- sen, aber man wird andererseits ihr zugestehen, daß sie auf vielen poli- tischen und wirtschaftlichen Gebieten belebend und anregend gewirkt hat. Die Aufgabe einer guten Regierung ist nicht nur, daß sie den Forderungen geringer Majoritäten, also immerhin doch nur einzelner Theile der Volksvertretung unbedingt nachgiebt — dann wäre ja die Regierung überflüssig — sondern sie muß abwägen, wie weit sie sol- chen Forderungen, als vernünftigen, Folge leisten können. Denn ich muß annehmen, daß solche Forderungen, denen die Regierung entge- gentreten muß, nicht aus Oppositionslust, um den Staat zu schwächen, gestellt werden, sondern mehr aus politischem Leichtsinne, weil die Förderer sich nicht genügend über die Tragweite der Forderungen Rechenschaft geben. Ich habe nicht wie mir vorgeworfen wurde, ge- sagt, daß die Sozialdemokraten aus dem Ultramontanismus hervorge- gangen sind, sondern ich habe nur auf den Vorwurf, daß ich der Vater der Sozialdemokratie und besonders der Urheber des Ergebnisses der Solinger Wahl sei, geantwortet, nicht ich, sondern der Ultra- montanismus sei mitschuldig an der Ausbreitung der Sozialdemo- kratie und ebenso mitschuldig sei die Fortschrittspartei. Ich habe auch nicht gesagt, daß die Sozialdemokratie mit Gewalt unterdrückt werden müsse, im Gegenteil, ich halte das für ein ganz ungeeignetes Mit- tel. Wenn man das Uebel heilen will, dann muß man seine Wurzeln klar legen und da komme ich zu dem Resultate, daß eine Organi- sation wie die Sozialdemokratie nicht aus freiem Felde hervorwächst, sondern das Produkt falscher Parteibestrebungen ist und für solche halte ich den Ultramontanismus und die berliner Fortschrittspartei. (Sörl!) Von der letzteren behauere ich, daß ein Theil ihrer Mitglieder mit leichtlich schönen Talenten ausge- stattet (Heiterkeit), sich auf einem so verkehrten Wege befindet. Wenn die Fortschrittspartei stets Forderungen stellt, welche die Re- gierung nicht bewilligen kann, weil sie an den Grundfesten des Staates rütteln; wenn die Ultramontanen immerfort die Gesetze an- greifen und so auf der anderen Seite eine Erbitterung, die Ursache vieler politischer Lebergriffe, erregen, dann muß ich allerdings sagen, daß sie in den niedrigen Bevölkerungsklassen das Gefühl der Ge- losigkeit wecken und den Widerstand gegen alles Bestehende stärken. Deshalb habe ich den Wunsch, daß alle konservativen und erhaltenden Parteien sich vereinigen zur Bekämpfung des bösen Willens und der politischen Unklarheit der Parteien. (Beifall links und rechts; Zwischen im Zentrum und Fortschritt.)

Abg. Richter: Ich glaube, daß die Debatte den Eindruck gemacht hat, die Parteien haben nicht gegen diese Position von 120,000 Mark gekämpft, sondern dieselbe benutzt, um an dieser Stelle ihre Stellung zur Regierung zu kennzeichnen. Beide Redner haben mit der Nichtbewilligung ein Mißtrauensvotum für die Regierung geben wollen. Wir wollen mit der Bewilligung kein Vertrauensvotum geben, und ich glaube auch nicht, daß die Regierung darin ein solches erblicken will, sondern wir bewilligen sie weil die Summe eine mäßige und jedem Ministerium außerordentlich nöthig ist; wir würden sie auch einem ultramontanen Ministerium bewilligen. (Abg. Windthorst [Meppen]: Genieß nicht!) Auf den Entwurf der Vorredner, wer der Vater der Sozialdemokratie sei, gebe ich nicht ein; er hat nur einen historisch theoretischen Charakter. Ich muß nur die That- sache in Abrede stellen, daß die nationalliberale Partei im Bündnis mit der Regierung die Hilfe der Sozialdemokraten bei den Wahlen gesucht hätte. Die nationalliberale Partei war es gerade, welche am Vorabend der Wahl die ihr für Berlin angebotene Hilfe der Sozial- demokraten direkt zurückgewiesen hat, während der geschlagene Kan- didat des Zentrums in Offenbach ausdrücklich seine Parteigenossen öf- fentlich aufgefordert hat, gegen den nat.-lib. Kandidaten Dornburg für den Sozialdemokraten zu stimmen, weil dies für die augenblickliche Politik des Zentrums mißschickselhaft sei. Man hat das aller- dings von einzelnen Seiten zurückgewiesen und ich glaube, man hat Grund dazu, denn solche Politik kann auch den Interessen des Zen- trums nicht dienen. Ich habe den Wunsch, daß der Kulturkampf nicht unnötig ausgedehnt werde auch gegen das Centrum und dieses wird nicht verkennen, daß seine Presse in der Hitze des Kampfes eine Sprache führt, welche den Boden aller staatlichen Ordnung unter- aräht, während ich glaube, daß es in einer wirtschaftlichen und po- litischen Krisis, wie der jetzigen, Pflicht aller staatsverbaltenden Par- teien wäre, den Alt nicht abzulegen, auf dem sie selber sitzen. Des- halb werden, so lange das deutsche Reich noch im Werden begriffen ist, alle Konflikte, sofern sie nicht unbedingt geboten erscheinen, ver- meiden, und ich glaube, daß auch in der Fortschrittspartei viele Männer dieser Meinung sind, denen ich wünsche, daß es ihnen ge- lingen möge, ihre Meinung auch innerhalb ihrer Fraktion zur Gel- tung zu bringen. Denn der Kampf zwischen den liberalen Parteien hat gerade denen am wenigsten genutzt, die ihn provozirt haben. Auch wir sind mit einzelnen Maßregeln des Ministers nicht einver- standen, aber wir erkennen ihm das Verdienst zu, daß er durch die Selbstverwaltungsgesetze die Begründung kommunaler Freiheit wesent- lich mehr gefördert hat, als alle liberalen Minister vor ihm. Wir werden die Position bewilligen. (Beifall.)

Abg. v. Tschischky: Wenn die Ultramontanen ihrer Partei dadurch ein gutes Relief zu geben versuchen, daß sie behaupten, im ultramontanen Gegebenen seien die Sozialdemokraten in verschwin- dender Anzahl, so beweist das nur, daß die Ultramontanen noch viel staatsgefährlicher sind als die Sozialdemokraten. (Heiterkeit.)

Abg. Lehmann: Der Abg. von Schorlemer hat in seiner Rede sich wieder auf eine frühere Äußerung von mir bezogen. Ich habe bei Gelegenheit des Sperrgesetzes, dessen Härte mir ja nicht verkannt haben, die Regierung aufgefordert, recht wohl daran zu den- ken, daß sie genöthigt sein werde, immer schärfere Gesetze und vorzu- legen, wenn sie nicht gleichzeitig dafür sorgte, daß zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste der Gesetzgebung eine Einheit sei und habe allerdings darauf hingewiesen, daß unter den höheren poli- tischen Beamten vom Landrath aufwärts Elemente sich finden sollten, welche nicht etwa katholisch — das ist mir nicht eingefallen — sondern welche im kirchenpolitischen Sinne ultramontan gesinnt seien, nicht ge- eignet, solche Gesetze selbst auszuführen. Aus dieser Äußerung hat der Abg. Schröder (Lippstadt) eine allerdings nachher von ihm provozierte Demination gemacht, die ich gegen einzelne Personen ge- übt habe. Das hat man nun wieder benutzt, um dieser Seite des Hauses den Vorwurf zu machen, daß sie in verfassungswidriger Weise Rücksicht nehmen wollte auf das religiöse Bekenntniß bei der Wahl der Beamten oder bei der Befassung im Dienst. Diese Äu- ßerungen gehören leider zu den traurigen Mitteln, die nur dazu dien- en, die Parteien im Lande noch mehr gegen einander zu reizen. Ich will den Herrn von der Zentrumspartei ein Beispiel aus ihren Krei- sen anführen. In Düsseldorf wurde von Seiten der neuen Selbst- verwaltungsbehörde eine Baummeisterstelle ausgeschrieben. Es meldete sich dazu ein junger Mann mit vortrefflichen Zeugnissen, auf den man entschieden reflektierte. Da fragte ihn zufällig ein Mitglied des

Provinzialraths, Herr Förster, welcher Konfession er sei. Als der junge Mann sich zur protestantischen bekannte, schickte man ihn fort, weil man in einer katholischen Gegend keinen protestantischen Baumeister brauchen könne. Man soll also die Wählungen an die richtige Instanz richten, an die Kreise, welche dem Zentrum nahe stehen, deren Verfahren gegen die Grundzüge der Verfassung läuft. Dieser Fall ist aufgeführt in Nr. 6 der „Banzeitung“. Es ist ferner gesagt worden, daß hier am 26. Januar die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten für Fordenbeck gestimmt hätten. Es handelte sich am 26. Januar bekanntlich um Stichwahlen zwischen dem nationalliberalen und dem fortschrittlichen Kandidaten in zwei Wahlkreisen. Im dritten haben meine Parteigenossen offen für den fortschrittlichen Kandidaten Partei ergriffen. In den anderen beiden hat man mit den Sozialdemokraten unsererseits weder kokettirt, noch durch Zwei- schenagenten verhandelt, sondern in der Parteiverammlung in der Uramia hat der Vorsitzende den sozialdemokratischen Führer, welcher ein Bündniß antragen wollte, nicht einmal um Worte gelassen. Be- greiflich sind solche Vorwürfe von Seiten des Zentrums. Durch alle Zeitungen sind die Vorgänge gegangen in Elberfeld, in Solingen, in Main, in Offenbach, in Hanau und im zweiten Wahlbezirk von Müllheim, doch darauf will ich nicht eingehen. Wenn man aber triumphierend sagt, daß die Sozialdemokraten in ultramontanen Ge- geben den wenigsten Boden gefunden haben, so hat das theilweise seinen Grund in der eigentümlichen priesterlichen Organisation der Partei, ich erinnere an die zahlreichen Gesellenvereine und dergl. Der Hauptgrund liegt darin, daß sie diejenigen Klassen der Bevölkerung, die sich weniger durch wirklich politische Bildung als vielmehr durch Neigung zu starken Schlagwörtern auszeichnen, in so ausreichendem Maße befriedigt, daß es für die Sozialdemo- kratie neben ihnen unmöglich ist, zu wirken. (Lachen im Zentrum.) Ich fordere Sie auf, einmal unparteiisch die Haupt- sachen aus den Reden der Herren zusammenzufassen, die mitunter bis zu Ausbrüchen wie „Unverschämtheit“ und „Frechheit“ sich ver- stiegen, die so klug komponirt waren, daß der Präsident mittels der Geschäftsordnung ihnen nichts anhaben konnte; und Sie werden daraus den Schluß ziehen müssen, daß es in diesem preussischen Staat überhaupt nichts mehr giebt, was sie nicht, soweit die Kraft ihrer Rede reicht, in seinem Fundamente zu erschüttern suchen. Keine Achtung vor den Gerichten — denn wenn jemand einen höchsten Gerichtshof mit einem Namen bezeichnet, der nur bezweckt, diesen Gerichtshof verächtlich zu machen, so kann man das nicht Achtung vor den Gerichten nennen; keine Achtung vor den Gesetzen — denn wenn jemand die Gesetze, welche unter Zustimmung der Mehrheit des Landtages zu Stande gekommen sind, unter Zustimmung der Re- gierung und Sanction des Königs als Ausdruck asiatischer Despotie bezeichnet und sagt, daß unter diesen Gesetzen ein Theil der Bevölke- rung so sehr die Freidigkeit verloren habe, daß er sich wie unter der Fremdherrschaft fühle, so sind Sie für die Zerstörung der staat- lichen Ordnung schlimmer wirkend als die Sozialdemokraten. (Zu- stimmung links.) Ich habe die Wablaufkruse der Sozialdemokraten genau verfolgt und muß anerkennen, daß dieselben mit großer Klug- heit das eigentliche wirkliche Programm ihrer Lehre liberaler verstanden haben. In den Aufzügen, die hier in Berlin in vielen Tausen- den Exemplaren plötzlich in jedem Hause erschienen, war nichts zu bemer- ken von Aufhebung und Gemeinschaftserklärung des Eigen- thums, nichts von der großen Fabrikasene, zu der man den Staat machen will, nichts von der Aufhebung der Ehe, Familie u. s. w., sondern nur: das Elend wollen wir wegschaffen, das Elend, welches durch die liberale Gesetzgebung geschaffen ist — und nun kommen die ganzen wirtschaftlichen Anlagen über die Nothlage, die auf den Staat, die Gesetzgebung und die Parlamente geworden wurden. Der Eindruck dieser Flugblätter war, daß nur, wenn die wahre reine Volksdemokratie ans Ruder käme, den Verhältnissen abge- helfen werden könnte, während heute noch die Bourgeoisie und die höheren Stände herrschen. Nun, das war eine gemäßigete Sprache gegenüber der, welche die ultramontane Partei führte; ich habe nichts bemerkt von Schmäbung der Gerichte, der Gesetze, des ganzen nation- alen Staats, als bestände er thatsächlich aus zwei Elementen, aus einer Nation, die den kleineren Theil an der Kette herumführte. Was ist natürlicher, als daß das große Publikum, welches sich um Politik nicht speziell bekümmern kann, durch diesen ultramontanen Alkohol so beräubt ist, daß es kein Bedürfnis für den sozialdemokratischen Alko- hol hat (Unruhe und Lachen im Zentrum.) Man hat gesagt, den So- zialdemokraten sei in gesetzwidriger Weise das Vereinsrecht genommen. Es ist dies wieder eine jener unwahren Behauptungen, durch die man die Richterprüche der Gerichte des Landes herabzusetzen und zu ver-ächtlichen bemüht ist. Man hat bestimmte sozialdemokratische Organi- sationen aufgehoben, weil nach unseren Gesetzen Filialbildungen von Vereinen verboten sind, und weil nach Ansicht der Gerichte im vor- liegenden Falle es sich um solche Filialbildungen handelte. Daß das Verbot für die Partei im Ganzen vollkommen gleichgiltig war, haben die sozialdemokratischen Wahlen gezeigt. Ich will Ihnen (im Zen- trum) ganz ehrlich sagen, was ich von der Tendenz Ihrer Politik halte: Offenheit ist ja immer gut. Sie sehen vor sich eine ernste, umfassende sozialistische Bewegung, die die unmöglichen und verbrecherischen Utopien aufstrebt. Sie sehen, daß Millionen von Menschen ohne Kennt- nis der Ziele, gedrückt durch die wirtschaftliche Noth, dieser Strö- mung folgen. Sie sehen, daß Jeder, der sich ernsthaft um Politik küm- mern, von dem Ernst dieser Situation erfaßt wird und sich mit Hilfe von all den Fraktionsstreitigkeiten abwendet, die uns den Blick auf die- selbe beschränken. Sie wissen, daß auch die höheren, maßgebenden Kreise von diesem Anblick ergriffen sind und Sie meinen vielleich, daß die Zeit nahe ist, wo man mir durch eine krasse, energiegelade politische Reaktion diese Strömung hemmen zu können glaubt. Diese Reaktion wird sich dann, wie Sie erwarten, nach ihrer natürlichen Bundesgenossen umsehen und als solches Bundesgenossen betrachten Sie in erster Linie sich selbst, von denen man weiß, daß Sie nicht für politische Freiheit kämpfen, sondern für die Herrschaft des kirchlichen Staates über den politischen. (Widerspruch im Zentrum.) Wenn dann jene politische Reaktion es machte, wie schon einmal im Jahre 1850, und gäbe den Bischöfen Alles, was sie wollen und gäbe ihnen alle Staatsrechte preis, dann hätten Sie Ihr Spiel gewonnen, dann könnte die politische Reaktion treiben, was sie wollte, dann wäre der verhängte Liberalismus unterdrückt und wir — am Ende der ver- einigten bürgerlichen Freiheit und am Ende des nationalen Staates. (Sehr wahr! Unruhe im Zentrum.) Ich hoffe aber, so lange nationaler Sinn und Sinn für bürgerliche Freiheit in den politischen Parteien lebendig ist, daß sich immer Männer genug zusammenfinden werden, die unter der Fahne des nationalen Staates und unter der Fahne verständiger bürgerlicher Freiheit diejenigen gemeinsam be- kämpfen werden, welche diesen Staat und neben diesem Staat die heutige Gesellschaft niederwerfen wollen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen): In der Rede des Abg. Richter habe ich die That fraglich ist, ob man im Ernst darauf noch antworten soll. Was die Erklärung von dem Verhalten des Provinzialraths Förster gegen den jungen Baumeister anbetrifft, so erwiedere ich nur kurz, daß dieser Herr Förster allerdings katholisch sein soll, aber liberaler Gesinnung und der liberalen Partei angehört. (Hört! im Zentrum.) Derselbe mag sich also über sein Verhalten, das ich allerdings, wenn es auf Wahrheit beruht, auch meinerseits nur energisch verurtheilen kann, mit seinen liberalen Freunden auseinandersetzen. Wenn Herr Windthorst aber so zarifüßend ist, so sehe er sich doch einmal an, wie es in der Staatsverwaltung aussieht. Finden Sie da noch irgend- haupt Katholiken in irgend einer einflussreichen Stellung? Es wäre denn, daß sie gewonnen sind, ihre kirchlich-religiöse Ueberzeugung auf dem Altar der Befriedigung niederzulegen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Ich nehme diese Gelegenheit wahr, um hier öffentlich vor dem Zentrum die ganze katholische Jugend anzufragen, sich in ihrer Karriere vom Staats- und Kommunaldienst fern zu halten und sich ganz auf eine Kraft zu stellen, denn sie haben von oben her vom Staat und von den Kommunen nichts zu erwarten. Man muß solchen Rath ertheilen gegenüber dieser erziehbaren Intoleranz, die gegen uns geübt wird. Was den Vorwurf betrifft, um achteten die Gerichte nicht, so erwiedere ich: Wenn wir dieses oder jenes Erkenntniß kritisiren, so ist das nicht

kein Angriff gegen die Gerichte selbst. Lesen doch die Herren einmal gefälligst die stenographischen Berichte aus der Konfliktzeit, die Reden der Herren Twetten und ganz besonders des Professors Gneist. Wir respektieren die Gesetze und fühlen ihre sehr große Strenge gegen uns; sie wird uns durch Strafen an Geld und Gefängnis tagtäglich lebendig erhalten; wir leisten passiven Widerstand, das ist aber keine Aggression gegen die Gesetze, deren formale Gültigkeit wir anerkennen. Aber wir sind der Ueberzeugung, daß ein uns feindliches Regiment uns Gesetze auferlegt, die formell das Ansehen der Gesetze haben, in der That aber nichts anderes sind, als Willkürmaßregeln (oben! Zur Ordnung!), nichts anderes, als die Bedrückung unseres Gewissens und unserer Gewissensfreiheit (Widerholter Ruf: Zur Ordnung!).

Präsident: Ich habe in der That in der Kritik dieser Gesetze dem Redner früher und bisher sehr viel gestattet, aber eine generelle Bezeichnung der Gesetze als Willkürmaßregeln kann ich nicht dulden und rufe den Redner deshalb zur Ordnung.

Abg. Winthorst (fortfahrend): Ich wiederhole also, daß die Gesetze formell rechtsgültig sind, aber materielles Recht allerdings nicht begründen, und darum allein handelt es sich. Dann hat der Abg. Wehrenpennig gemeint, wir wären schlimmer als die Sozialdemokraten, — und der Abg. Tschirschky hat ihm darin mit einer wunderbaren Logik sekundiert — und hat auf die Wahlaufrufe hingewiesen. Nun, die Wahlaufrufe aller Parteien, die ich gelesen habe, sind lebendig gehalten und über das Maß der Lebendigkeit hinausgehend, was sehr natürlich ist, die der Nationalliberalen nicht am wenigsten, und ganz besonders die ihres Moniteurs, der „Nationalzeitung“. Hier kann man nur sagen: peccatum intra et extra muros. Meine Herren! Die Statistik über die Verhältnisse bei den Wahlen und die Unterstützung der verschiedenen Parteien bei den Stichwahlen ist noch nicht abgeschlossen und ich werde im Reichstage darauf des Näheren zurückkommen. Ich werde mich nun zu dem Minister des Innern, der uns offen erklärt hat, die Sozialdemokratie sei entstanden aus der ultramontanen Partei. Ich bin erstunken und geweidet über diese Geschichtsklitterung und dieses Resultat der Studien des Herrn Ministers. Meine Herren! Studieren Sie die Geschichte, so werden Sie finden, daß bei allen Bildern in gewissen Entwicklungsstadien ähnliche oder ganz dieselben Erscheinungen zu Tage treten sind. Das war bei den heidnischen Völkern der Fall und auch später; was die Deutschen betrifft, so brauche ich nur auf die Bauernbewegungen hinzuweisen. Als die Basis zur heutigen Sozialdemokratie gelegt wurde, da war von einer ultramontanen Partei noch gar keine Rede, da gab es noch keinen Kulturkampf. Der hervorragende und allerdings bedeutende und geistreiche Begründer dieser Schule ist Herr Lassalle. Glaubt der Minister etwa, der sei aus der ultramontanen Schule hervorgegangen? Viel eher könnte man sagen, er sei aus einer Schule, die der des Herrn Ministers sehr nahe steht; denn er hat bekanntlich mit sehr hohen Personen in sehr genauer Verbindung gestanden. Ich bedaure, daß der Minister einer so ungeheurer wichtigen Sache, wie es die soziale Bewegung ist, mit einer solchen Unwissenheit gegenübersteht. Wenn der Minister des Innern in solcher Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, der Quellen und der Bedeutung dieser Bewegung der Sozialdemokratie wirksam entgegenzutreten zu können glaubt, dann sage ich aus volkster Ueberzeugung: wir werden unter seiner Führung die soziale Bewegung immer mehr erstarren und wachsen sehen. Es kann Niemand ein entschiedenerer Gegner der Sozialdemokratie sein als ich; wenn dieselbe jetzt in einer größeren Zahl von Anhängern und Vertretern zur Erscheinung kommt, so ist die Ursache davon etwas tiefer zu suchen. Einmal zunächst ist die literarische Bekämpfung der sozialdemokratischen Lehre im alleräußersten Maße schwach, und wenn sich Herr Wehrenpennig in Wahrheit einen Preis erringen will, dann möge er doch die ultramontane Hege gegen die ultramontane Partei einmal einstellen und die wissenschaftlichen Theorien des Sozialismus in wahrhaft wissenschaftlicher Weise bekämpfen; das wäre eine würdigere Aufgabe für ihn und für seine Preussischen Jahrbücher. Die Tagespresse behandelt die Sozialdemokratie und die ganze soziale Frage in einer vollkommen schliefhaften, überaus oberflächlichen, ja oft in ganz unqualifizierbarer Weise (Rufe: Sehr wahr!) und es ist deshalb wohl begreiflich, daß eine so mangelhaft literarisch bekämpfte Lehre mehr und mehr ohliegt. Die Herren sollten sodann doch wissen, daß die Herren Sozialdemokraten sehr offen ausgesprochen, die soziale Frage sei eine Wagenfrage, und wenn sie jetzt so zahlreich auftreten, so sei das ein Beweis, daß in dieser Zeit diese Wagenfrage immer dringender geworden ist. Seien Sie versichert, meine Herren, die Hälfte der Stimmen, die die Sozialdemokraten erhalten haben, sind hervorgegangen aus der materiellen Noth im gegenwärtigen Augenblick, und wenn der Minister des Innern wirklich mit Erfolg die Sozialdemokratie bekämpfen will, so möge er den Kulturkampf aufgeben und ernstlich daran gehen, die materielle Noth zu bekämpfen und zu beseitigen. Seit ich hier bin und gerade hier in Berlin diesen Kampf der Sozialdemokratie sehe, habe ich es mir zur Pflicht gemacht, so immer ich über die Sache in Schriften etwas fand, mich zu unterrichten, und an dem Wahltag hier in Berlin bin ich von Wahllokal zu Wahllokal gegangen, um zu sehen, wie die Sachen stehen, und habe die Leute, die mir begegneten, gefragt, und ich verdicke Ihnen, meine Herren, diejenigen Leute, welche die sozialdemokratischen Stimmzetteln trugen, waren in der Regel sehr wohlgekleidete, sehr gut aussehende und ausnehmend recht gut stürzte Männer. Diese Herren habe ich sodann auch gefragt, für wen sie denn stimmten und wenn sie mir den Sozialdemokraten nannten, habe ich meine Verwunderung ausgesprochen, und darauf haben mir die Herren erwidert: ja, wir können nicht anders. In allen unseren Kreisen ist die Noth überwiegend und zum Theil entsetzlich; in den Kellermöbungen und Manjanden herrscht der bitterste Hunger und wir müssen der Regierung, den Ministern und derjenigen Partei, welche die Noth des Landes fortwährend leugnet (Abg. Wehrenpennig: das ist unwahr! die leugnet Niemand.) — R. S. lesen Sie die Kaiserlichen Reden, worin in der That die Noth gelegentlich wird, also wir müssen diese Herren klar und bestimmt darauf aufmerksam machen, daß eine große und brennende Noth im Lande ist, und deshalb wählen wir den Sozialdemokraten. Und sie erwiderten mir ferner, wie Jahr aus Jahr ein die Nationalliberalen und auch die Fortschrittspartei ganz gewaltige Anläufe für die Freiheit des Volkes nehmen; aber, wenn es darauf ankommt, festzuhalten, dann drehen sie um; und wir wollen jetzt Leute wählen, von denen wir im Voraus wissen, daß sie nicht kompromittirbar sind. Meine Herren, ich bin überzeugt, daß wie ein Drittel der in Berlin für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen ist von selbstständigen, festhaften Leuten abgegeben und auch von einem nicht geringen Bruchtheil der in Noth und Kummer untergehenden Subalternbeamten. Also diese Ursachen lassen Sie uns prüfen; dann werden wir gegen die Sozialdemokratie besser ankämpfen als mit solchen Redensarten, sie sei entstanden aus dem Ultramontanismus; das sind ja Kinderreien. (Unruhe.) Endlich aber glaube ich, daß die Sozialdemokratie und ihre verderblichen Lehren zuerst nur überwunden werden können durch die Kirche, durch die Lehre vom Kreuz, die Lehre von der Nächstenliebe, vom Gehorsam und von der Anerkennung der Autorität. (Hört! Sehr richtig! links.) Vor Allem aber dürfen wir doch ja nicht vergessen, daß das Programm der Sozialdemokratie ein sehr großes Maß vollkommen berechtigter Ansprüche enthält. Je energischer wir den verderblichen Theil ihrer Lehren bekämpfen, desto bestimmter und erschiedener sind wir verpflichtet, die Gesehung zu veranlassen, die berechtigten Wünsche der Sozialdemokratie zu erfüllen. Ich erkläre hierdurch schon jetzt offen vor dem Lande, daß ich gekommen bin, in dieser Richtung im Reichstage die Initiative zu ergreifen. (Hört! Meine Herren, nicht dadurch, daß wir fort und fort auf die Sozialdemokratie schließen, sondern daß wir endlich begreifen, wo das Uebel liegt, und daß wir die berechtigten Anforderungen eifrig zu erfüllen trachten, werden wir die Sozialdemokratie besiegen, sonst nie! Beifall im Centrum.)

Abg. Gneist: Auf den Vorwurf des Vorredners gegen mich wegen meiner Haltung aus der Konfliktzeit erkläre ich, daß ich über die Gesetze und Gerichte unseres Landes damals in keiner Weise

andere gesprochen wie heute, daß mir eine derartige herabwürdigende Kritik über die Gerichte und Gesetze des Landes, wie wir sie fortwährend in den Parteimitgliedern des Vorredners vernehmen, damals wie heute völlig fremd gewesen ist.

Abg. Wehrenpennig: Gegen die Aeußerung des Abg. Winthorst, meine Rede sei eine Hege gegen die Ultramontanen, protestire ich als gegen eine Unwahrheit. Ich habe den Herren nur das objektive Bild ihrer Bestrebungen vorgehalten. Daß Sie das nicht sehr annuehend finden, ist erklärlich, aber nicht meine Schuld.

Abg. Winthorst (Meppen): Dem Herrn Gneist erwidere ich, daß nur im Augenblick die Verhandlungen aus der Konfliktzeit nicht zur Hand sind; meine Worte haben sich aber bezogen auf seine ausdrückliche Anerkennung der Twetten'schen Rede. Was den Herrn Wehrenpennig betrifft, so können sich Unwahrheiten nur auf Thatfachen beziehen, meine Aeußerung war aber ein Urtheil über seine Rede und ich überlasse es dem Urtheil des Landes zu entscheiden, ob seine Rede nicht eine Hege war.

Der Fonds wird hierauf gegen die Stimmen der Fortschrittspartei, der Ultramontanen und Polen genehmigt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Hinterlegungsfonds und Staatsberatung.)

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 10. Februar.
r. Beschlagsnahme. Die Nummer 32 des „Kurzer Bomanaki“ vom 9. d. M. ist wegen einer Korrespondenz aus dem Kreise Bongrowitz, in welcher das Verfahren des Königl. Kommissarius für die Vermögensverwaltung in den Diözesen Bosen und Gnesen in beleidigender Weise besprochen wird, durch gerichtlichen Beschluß mit Beschlag belegt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Bosen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 9. Febr. Die Bildung eines ungarischen Ministeriums unter dem Führer der Konservativen, Sennyey, gewinnt an Wahrscheinlichkeit. Finanzminister Sjell ist hier eingetroffen, um trotz der Ministerkrise den Abschluß einer unaufschiebbaren Vorschussoperation herbeizuführen.

Wien, 9. Febr. Baron Sennyey und der Iudex curias Maslath von Székely sind heute früh hier eingetroffen, um wegen der Bildung eines neuen ungarischen Kabinetts zu verhandeln.

Luzern, 8. Februar. Der Verwaltungsrath der Gotthardbahn hat das mit dem Unternehmer des Tunnelbaus, Fabre, geschlossene Abkommen genehmigt.

London, 8. Februar. Dem Parlamente sind die Aktenstücke, welche die orientalische Frage betreffen, vorgelegt worden.

In den Instruktionen, welche Graf Derby dem Marquis v. Salisbury für die Vorkonferenz ertheilt, konstatirte derselbe, daß die Pforte unfähig sei, die versprochenen Reformen zu realisiren. Nothwendigerweise müßten die Mächte Garantien für die Durchführung derselben haben. Die englische Regierung sei jedoch einer militärischen Okkupation durch die Mächte entgegen. Salisbury berichtet, der Kaiser von Rußland habe ihm gegenüber bemerkt, die Politik des Kaisers von Rußland sei durch die Umstände und durch die Unterdrückung seiner Glaubensgenossen geboten worden. Der Kaiser von Oesterreich erklärte die Interessen Oesterreichs und Englands in der damaligen Phase der orientalischen Frage für identisch. Melekar hat konstatirt, daß Italien im Falle eines Krieges neutral bleiben werde. Italien sei aber gegen eine militärische Besetzung türkischer Provinzen durch fremde Truppen. Lord Loftus berichtet, daß der Kaiser von Rußland die Rede Disraeli's in Guildhall noch nicht gekannt habe, als er seine Rede in Moskau hielt. Elliot berichtet an Graf Derby, der Einfluß Englands auf die Pforte sei durch die Agitation Gladstone's vermindert worden. Aus einem Berichte Salisbury's ergibt sich, daß er die Abfahrt der englischen Flotte aus der Bosphorus nach Athen befohlen hat, um dadurch zu konstatiren, daß die Türkei nicht auf die Hilfe Englands zählen dürfe. Weiter ergibt sich, daß nach der Berufung des türkischen großen Rathes der Sultan geneigt gewesen ist, die Bedingungen der Mächte anzunehmen; aber Midhat Pascha war für den Widerstand und legte dem großen Rathe die Vorschläge der Mächte in einer Form vor, daß die Ablehnung derselben gewiß war. Nachdem Graf Derby durch den türkischen Botschafter Musurus von der Ablehnung der Vorschläge der Mächte in Kenntnis gesetzt worden war, ertheilte er der Türkei den Rath, mit Serbien und Montenegro Frieden zu schließen. Marquis Salisbury bemerkt bezüglich der türkischen Verfassung, daß er fast nichts von derselben halte, dem Sultan sei das Recht der Verbannting verblieben und jede Person, welche einmal in der Verbannung gewesen sei, verliere dadurch die Fähigkeit, zum Senator oder Deputirten gewählt zu werden. Graf Derby versicherte den Marquis v. Salisbury vor seiner Abreise von Konstantinopel der vollständigen Zustimmung der Königin zu allen seinen Handlungen.

Unter der diplomatischen Korrespondenz befindet sich ferner eine Depesche des Marquis Salisbury an Graf Derby, welche, vom 23. Nov. datirt, über des Marquis Audienz bei dem deutschen Kaiser berichtet.

Der Kaiser habe seinen Friedenshoffnungen und Friedensneigungen Ausdruck gegeben, für welche er seinen persönlichen Einfluß geübt hat und fortsetzen werde. Dem Kaiser Alexander sei seine Politik durch die Opposition, der seine Glaubensgenossen unter türkischer Herrschaft ausgeübt wären, auferlegt worden. Hierbei habe Kaiser Wilhelm nach dem Berichte Salisbury's jedoch die Hoffnung ausgedrückt, daß durch Zulassen vernünftiger Reformen in der Verwaltung der Provinzen, verbunden mit Garantien für deren Ausführung, die Nothwendigkeit der Okkupation werde umgangen werden können. Die bloßen Berisprechungen könnten Europa nicht genügen. Es müßten Garantien gegen die Fortdauer der Unheilthätigkeiten, unter welchen die Christen in der Türkei litten, gegeben werden.

London, 8. Februar. Nach einer Verfügung des Geheimrathes dürfen Hindbe, Schafe und Ziegen nur in Glasgow, Gool, Grimsby, Hartlepool, Hull, Littlehampton, London, Middlesbrough, Newcastle an der Tyne, Plymouth, North Shields, Southampton und Sunderland ausgeschrieben werden und müssen innerhalb 10 Tagen nach der Aufschiffung getödtet werden.

Petersburg, 9. Februar. Der „Golos“ schreibt, an den Sturz Midhat's anknüpfend, das Ende des türkischen Reiches in Europa sei gekommen; es sei nur Geduld nöthwendig und das Warten sei nicht schwer, da es unmöglich sei, mit einem Staate Krieg zu führen, der schneller durch innere Krisen als durch ein fremdes Heer untergehen werde. Rußland werde Zeit genug haben, um die Christen vor dem Unglück zu retten, welches sie durch den Untergang des türkischen Reiches treffen könnte. Für Rußland aber wie für die christliche Bevölkerung der Türkei sei es vortheilhafter abzuwarten, welche Richtung der Prozeß der Verwesung des Staates nehmen werde, als denselben durch irgend welche Einmischung zu verlängern.

Konstantinopel 9. Februar. Der „Kölnischen Zeitung“ ist der französische Text und die deutsche Uebersetzung des türkischen vom 25. v. M. datirten und von Savel Pascha unterzeichneten Rundschreibens zur Veröffentlichung zugegangen.

Dasselbe berichtet über die Anregung der Konferenz und über

deren Verlauf und spricht sich bedauernd darüber aus, daß die Vorbereitungen zu der Konferenz ohne Zuziehung der dabei am meisten Beteiligten Türkei stattgefunden hätten und daß in Folge dessen bei Beginn der Konferenz die Lage eines Kampfes zwischen zwei Parteien, dem der vereinzelt stehenden Türkei gegen das zu bestimmtem Zweck geeignete Europa, geschaffen worden sei. Die Vorschläge der Konferenz hätten leider! die Grenzen des als Basis der Verhandlungen angenommenen englischen Programms und der Bestimmungen des pariser Friedens, betreffend die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei, weit überschritten, die Türkei habe dieses ihre Unabhängigkeit in Frage stellende Konferenzprogramm nicht annehmen dürfen. In dem Rundschreiben wird sodann der allmählichen Herabminderung der Forderungen der Mächte, der Sitzung des türkischen großen Rathes und der Ablehnung der beiden bekannteten, die Souveränität der Pforte verletzenden Punkte Erwähnung gethan, sowie der beglückwünschenden Theilnahme an der Konferenz und der Auforderung, die Berathung der übrigen 16 Punkte, über welche eine Vereinbarung nöthig war, vorzunehmen. Bedauerlicher Weise hätten diese Erklärungen der Zustimmung der Konferenz sich nicht erfreut, die Delegirten hätten die mehr ihre Abreise angeündigt. Ueber die Schlusrede des General Ignatieff spricht sich das Rundschreiben Savel Pascha also aus: General Ignatieff habe im Namen seiner sämtlichen Kollegen sprechend vollständig unerwartete Ansichten über die gegenwärtigen oder zukünftigen Folgen des Abbruchs der Konferenz, sowie über die Anwendung der türkischen Konfessionsprogramme nicht annehmen dürfen. In dem Rundschreiben müßten, hervorzuheben; diejenigen Stellen aber, welche das ottomanische Reich zu befehdlichen schienen, daß es alle dasselbe mit den großen europäischen Familien vereinigenden Bande gebrochen und daß es die Rechte und Pflichten, die diese Lage mit sich bringe, aufgegeben habe, dürften mit Stillschweigen nicht übergegangen werden. Es müsse unglaublich erscheinen, daß dies die Ansicht Europas sein könne, oder daß der Mangel an Uebereinstimmung zwischen den Mächten und der Türkei über einen Punkt genügen könne, um ein seit 20 Jahren vollendetes historisches Gebäude zu vernichten oder in Frage zu stellen. Dasselbe Erwähnung lasse sich auf die übrigen drohenden Worte anwenden, die der Bevollmächtigte Rußlands ausgesprochen habe. Es sei nicht möglich, daß Europa Willens gewesen, sich dem anzuschließen und auf diese Weise der Türkei die Ausübung der jedem unabhängigen Staate zustehenden Rechte und Befugnisse zu verweigern. Und das alles aus Anlaß einer Meinungsverschiedenheit, die, wie bedauerlichst zu sein möge, doch nicht den Umsturz des Völkerrechts zur Folge haben könne. Die Aeußerungen des General Ignatieff hätten, da derselbe erst im Augenblick des Schlußes der Konferenz damit hervorgetreten, die türkischen Bevollmächtigten in eine sehr eigenthümliche Lage versetzt. Den türkischen Bevollmächtigten wäre nichts leichter gewesen, als dasjenige, was in diesen Behauptungen nach Form und Inhalt fehlerhaft gewesen, sofort zu berichtigen. Dieselben hätten aber das Gebiet, auf das sich General Ignatieff gestellt, sorgfältig vermeiden wollen, auch hätten die Dinge, von denen General Ignatieff gesprochen, so wenig Verwandtschaft mit dem eigentlichen Gegenstand der Konferenzberathungen gehabt und so außerhalb des Rahmens der Konferenzarbeiten gefanden; daß es den türkischen Bevollmächtigten angemessen erschienen wäre, in Beobachtung der persönlichen Rücksichten gegen den Vertreter Rußlands bis zur äußersten Grenze zu gehen und dieselben hätten aus diesem Grunde geschwiegen. Die Vertreter der übrigen Mächte seien dem Beispiele der türkischen Delegirten gefolgt und es werde erlaubt sein, darin ein ungewöhnliches Anzeichen des Erstaunens zu erkennen, womit dieselben die Worte angehört hätten, in denen General Ignatieff den Gedanken seiner Kollegen Ausdruck zu geben behauptet habe. Am Schluß des Schreibens heißt es, die Worte sei nicht blind gegen die Gefahr der Lage und die neuen Schwierigkeiten, die der unglückliche Ausgang der Konferenz, vielleicht herbeiführen; aber Europa werde die Türkei nicht für einen Mißerfolg verantwortlich machen, der aus der Aufrechterhaltung von zwei Maßregeln entstanden, die bei ihrer allgemeinen Verurtheilung durch die türkische Bevölkerung vollkommen nutzlos gewesen sein würden. Es scheinem unmöglich, daß die Türkei in solcher Weise das Wohlwollen und die Sympathien Europas verloren haben solle.

Telegraphische Börsenberichte.

Kouls-Courte.
Frankfurt a. M., 9. Februar. Fest, Bahnen meist höher.
[Schluscourse:] Londoner Wechsel 204.58. Pariser Wechsel 81.96. Wiener Wechsel 165.10. Böhmische Westbahn 140. Elisabethsbahn 110%. Galizier 174%. Frankosen* 201. Lombarden* 64%. Nordwestbahn 94%. Silberrente 56%. Papierrente 51%. Russische Bodendredit 81%. Russen 1872 85%. Amerikaner 1883 102%. 1860er Loose 99%. 1864er Loose 259.50. Kreditaktien* 122%. Oester. Nationalbank 691.00. Darmst. Bank 100%. Berliner Bankfor. —. Frankf. Wechselbank —. Oester.-deutsche Bank —. Weingauer Bank 71. Hess. Ludwigsbahn 95%. Oberhessen —. Ung. Staatsloose 142.20. Ung. Schatzanw. alt 83. do. do. neue 80%. do. Oest.-Ost. II. 56%. Centr.-Pascie 99%. Reichsbank 157%. Goldrente 61%.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 122%, Frankosen 201%, Galizier —, Reichsbank —, Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.
Aber's Effekten-Gesellschaft, Kreditaktien 123%, Frankosen 201%, 1860er Loose 99%, Silberrente 56%. Papierrente 51%, Goldrente 61%, Galizier 174%, Reichsbank —, Nationalbank 96, Ungarische Staatsloose —. Fest.
Wien, 9. Februar. Total geschäftslos. Spekulationswerte und Bahnen meist nominal. Renten preishaltend, Devisen und Gold abgeboten, Goldrente gedrückt.
[Schluscourse:] Papierrente 63.00. Silberrente 68.50. 1864er Loose 107.50. Nationalbank 839.00. Nordbahn 1812.50. Kreditaktien 148.20. Frankosen 243.00. Galizier 211.25. Kaiser-Oberberg 86.00. Lombardier —. Nordwestb. 115.25. Nordwestb. Lit. B. —. London 233.30. Hamburg 59.95. Paris 148.00. Frankfurt 59.95. Antwerpen 102.25. Bödm. Westbahn —. Kreditloose 162.75. 1860er Loose 111.50. Lomb. Eisen 78.60. 1864er Loose 135.00. Unionbank 54.00. Anglo-Austr. 77.50. Napoleons 9.84. Oufaten 5.88. Silbercouc. 114.50. Elisabethsbahn 135.20. Ung. Brämiensanl. 74.20. Warrnoten 60.47%
Türkische Loose 18.10. Goldrente 74.35.

Wien, 9. Februar. Abendbörsen. Kreditaktien 149.10, Frankosen 243.75, Lombarden 78.50, Galizier 211.75, Anglo-Austr. 77.75, Silberrente —, Papierrente 63.10, Goldrente 74.50, Warrnoten 60.65, Nationalbank —, Napoleons 9.82. Fest.
Berlin, 9. Februar. Börsen rubig. Schluß belebt.
[Schluscourse:] Preuss. Rente 72.95, Anleihe de 1872 146.12, Italiensche Anleihe 11.99, do. Tabakaktien —, do. do. Obligationen —, Frankosen 498.75, Lombard. Eisenbahn 241.66, 25, do. Prioritäten 232.00, Türken de 1865 12.20, do. de 1866 66.00, Türkenloose 36.25
Credit mobilier 160. Spanier ext. r. 11%, do. int. 10%, Banco de Rio 668, Banque ottomane 380, Societe generale 525, Credit foncier 620, Cassier 195, Wechsel am Abend 25 13%
London, 9. Februar. Romols 94%, Italien. Anleihe 102%, Lombarden 64%, Aproject. Lombard. Eisenbahn 101.3%, do. do. 1872 83%, do. do. 1873 82%, Silber 57, Eirt. Anleihe de 1865 12%, Anleihe de 1866 13%, Anleihe de 1867 105%
do. Anleihe 1872, Oester. Silberrente —, Oester. Papierrente 51%, Anleihe de 1865 102%, do. do. 1866 102%, do. do. 1867 102%, do. do. 1868 102%, do. do. 1869 102%, do. do. 1870 102%, do. do. 1871 102%, do. do. 1872 102%, do. do. 1873 102%, do. do. 1874 102%, do. do. 1875 102%, do. do. 1876 102%, do. do. 1877 102%, do. do. 1878 102%, do. do. 1879 102%, do. do. 1880 102%

Wien, 9. Februar. Börsen rubig. Schluß belebt.
[Schluscourse:] Preuss. Rente 72.95, Anleihe de 1872 146.12, Italiensche Anleihe 11.99, do. Tabakaktien —, do. do. Obligationen —, Frankosen 498.75, Lombard. Eisenbahn 241.66, 25, do. Prioritäten 232.00, Türken de 1865 12.20, do. de 1866 66.00, Türkenloose 36.25
Credit mobilier 160. Spanier ext. r. 11%, do. int. 10%, Banco de Rio 668, Banque ottomane 380, Societe generale 525, Credit foncier 620, Cassier 195, Wechsel am Abend 25 13%
London, 9. Februar. Romols 94%, Italien. Anleihe 102%, Lombarden 64%, Aproject. Lombard. Eisenbahn 101.3%, do. do. 1872 83%, do. do. 1873 82%, Silber 57, Eirt. Anleihe de 1865 12%, Anleihe de 1866 13%, Anleihe de 1867 105%
do. Anleihe 1872, Oester. Silberrente —, Oester. Papierrente 51%, Anleihe de 1865 102%, do. do. 1866 102%, do. do. 1867 102%, do. do. 1868 102%, do. do. 1869 102%, do. do. 1870 102%, do. do. 1871 102%, do. do. 1872 102%, do. do. 1873 102%, do. do. 1874 102%, do. do. 1875 102%, do. do. 1876 102%, do. do. 1877 102%, do. do. 1878 102%, do. do. 1879 102%, do. do. 1880 102%

Produkten-Börse.

Berlin, 9. Februar. Wind: N.W. Barometer: 28,1. — Thermometer 4° R. Witterung: Regenig. Weizen loco per 1000 Kilogr. M. 195—235 nach Qual. gef., per diesen Monat, April-Mai 221,00 bez., Mai-Juni 222,00 bez., Juni-Juli 223,00 bez. — Roggen loco per 1000 Kilogr. 158—183 nach Qualität gef., russischer 161—162 ab Boden bez., neuer do. und poln. 158—167, neuer im 176—183 ab Boden bez., def. und russ. — bez. per diesen Monat 161,5 nom., per Februar-März do., per April-Mai 163,5—169,00 bez., Mai-Juni 161,5 bez., Juni-Juli 160,5 bez. — Gerste loco 1000 Kilogr. M. 127—183 nach Qualität gef. — Hafer loco 1000 Kilogr. 120—168 nach Qual. gef., ost- und westpreuß. 135 bis 156, russischer 125—150, neuer pommerischer 160—163, neuer schles. 153—162, galiz. — böhml. 155—162, ungar. 137—140 ab Boden bez., defekter — bez. per diesen Monat, April-Mai 153,5 bez., Mai-Juni 154,5 bez., Juni-Juli — — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 150 bis 186 nach Qualität, Futterwaare 135—147 nach Qual. — Kapsen per 1000 Kilogr. — Rübsen — Leinöl loco per 100 Kilo 100 Kilo ohne Faß 61,00 M. — Klüßel per 100 Kilogr. loco ohne Faß 74,00 bez., mit Faß per diesen Monat 74,00 bez., Februar-März do., April-Mai 73,8—74,00 bez., Mai-Juni 73,00—73,2 bez., Juni-Juli — — per September-October 69,00—69,2 bez., October-November do. — Petroleum (raff.) (Stand. white) 100 Kilogr. mit Faß loco 43,00 bez., per diesen Monat 36,4—36,6 bez., per Februar-März 33,5 bez., per März-April — April-Mai — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loco ohne Faß 53,7—53,8 bez., per diesen Monat, per Februar-März, März-April, April-Mai 56,2—55,9—56,2 bez., per Mai-Juni 56,5—56,2 bez., per Juni-Juli 57,5—57,2 bez., per Juli-August 58,5—58,2—58,5 bez., per August-September 59,00

* Gestern 162,00—161,5 bez.

Berlin, 9. Februar. Die Börse eröffnete heute in unentschiedener abwartender Haltung, da von keiner Seite irgend welche erwidernswürdige Anregung vorlag. Die wenigen politischen Nachrichten, welche eintrafen, blieben unbedeutend, da ihre Bedeutung nicht hinreichend, um eine größere Bewegung herbeizuführen. Diejenigen Effekten, welche an den letzten Tagen im Vordergrund gestanden hatten, zeigten heute eine kleine Abschwächung, die übrigen Gebiete lagen Anfangs fast vollständig geschäftslos bei unveränderten Notierungen. Die Berichte, hier und da kleine Schwankungen durchzuführen, hatten wenig Erfolg. Franzosen und Kreditaktien stellten sich bei kleinem Geschäft sofort 1 Mark niedriger, Renten zeigten fast keine Veränderung, überhaupt lagen fremde Anleihen und Prioritäten so wie

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 9. Februar 1877.

Preussische Fonds und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Anleihe, Staats-Schuld.) and their respective prices in marks and shillings.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries like America, Russia, and others, with their prices.

Deutsche Fonds.

Table listing German bonds and their prices.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks from various companies like Brauerei, Eisenwerke, etc.

58,6—58,9 bez. — Mais per 1000 Kilo loco neuer 124—130 bez., alter 130—138 nach Qual. gef., neuer Mob. 126,5 ab Bahnbez., alter Mob., neuer ung. — Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm Brutto inkl. Sad per diesen Monat 23,35 bez., Februar-März 23,15 bez., März-April 23,10—23,05 bez., April-Mai 23,10—23,05 bez., Mai-Juni 23,10—23,05 bez., Juni-Juli 23,10—23,05 bez., Juli-August 23,10—23,05 bez., Roggenmehl Nr. 0 29,50—27,50, Nr. 0 und 1 27,50—26,50, Roggenmehl Nr. 0 25,50—23,50, Nr. 0 und 1 0,00—22,00 per 100 Kil. Brutto inkl. Sad. (B. u. S.-B.)

Stettin, 9. Februar. An der Börse. (Amtlicher Bericht) Wetter: Veränderlich. + 6 Grad R. Barometer 28,1. Wind: N.W. Weizen fester, per 1000 Kilo loco gelber inländ. 175—207 M., feiner 210—217 M., geringer — M., weißer — M. per Frühjahr 220 M. bez., per Mai-Juni 222—223 M. bez., per Juni-Juli 224 M. bez., per Juli-August 226 M. bez. — Roggen schwankend, per 1000 Kilo loco inländischer 180—183 M., russischer alter 155—158 M., neuer 158—163 M., per Frühjahr 158—157,5—158,5—158 M. bez., per Mai-Juni 158,5—157,5—158 M. bez., per Juni-Juli 157,5 bis 158 M. bez. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco Malz- 158—166 M., Futter- 125—135 M. — Hafer unverändert, per 1000 Kilo loco 140—158 M., per Frühjahr — M. bez., per Mai-Juni — M. bez. — Erbsen unverändert, per 1000 Kilo loco Futter- 144—148 M., Koch- 150—152 M., per Frühjahr 151 M. Br. — Wintererbsen per 1000 Kilo per April-Mai 350 M. Br., September-October. 305 M. bez. — Wintererbsen pr. 1000 Kilo loco — M. bez. — Klüßel höher, per 1000 Kilo loco ohne Faß flüssig 75 M. Br., per Februar-März 72,5—73,25 M. bez., per April-Mai 74 M. bez. u. Gd., per Sept.-October 69 M. Br. — Spiritus fester, per 10,000 Liter Broz. loco ohne Faß 53 M. bez., per Februar 53,5 M. bez., per Frühjahr 55—54,8—55,1 M. bez., Br. u. Gd., per Mai-Juni 56 M. bez., per Juni-Juli 57 M. bez., per Juli-August

auch Loose sehr still. Laurahütte und Disconto-Kommandit-Antheile erholten sich um eine geringe Kleinigkeit ohne daß jedoch der Verkehr einen größeren Umfang gewann. Rheinisch-Westfälische Bahnen behauptet. Die Meldungen von außerhalb ließen gleichfalls Festigkeit vermischen, traten aber vorübergehenden kleiner Erholungen nicht entgegen. Die gegen baar gehandelten Papiere fanden wenig Beachtung, da sich das Privat-Publikum von dem Börsegeschäft fast ganz fern hält. Eisenbahnaktien behaupteten sich gut; doch trat kein Papier durch größere Lebhaftigkeit auf diesem Gebiete hervor. Banken und Industrie-Papiere blieben äußerst still. Bergwerke wenig verändert. Der Anlagemarkt fand bei guter Festigkeit trotz der überaus großen Flüssigkeit des Geldstandes wenig Beachtung. Potsdamer, Hannover,

Table listing various bank and financial institutions like Centralbank, Disconto-Comm., etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Large table listing railway stocks from various companies like Magdeburg, Berlin, etc.

58 M. bez. per August-September 58,4—58,6 M. bez. — Anleihe meldet: Nichts. — Regulierungspreis für Rindungen: Klüßel 72,5 M., Spiritus 53,5 M. — Petroleum loco 18,75 M. bez., rollend 18,5 M. bez., alte Ullance — M. bez., Regulierungspreis 18,75 M. bez., per Februar 17,5 M. Br. (Off.-Btg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Wosen.

Table with columns for Date, Time, Barometer, Therm., Wind, and Moon phase.

Altenbener und Rheinische 4-prozentige Prioritäten bevorzugen. Fremde Eisenbahn-Obligationen wenig verändert und still. Loos-Ob. festes beliebt. Geld war flüssig. Privat-Discont 1% beahlt. — Der Verkehr blieb auch in der zweiten Stunde schleppend; Eisenbahnaktien ermittelten namentlich Rheinische. Per Ultimo notiren wir: Franzosen 402—1,50—402, Lombarden 129, Kreditaktien 244—et—350 Laurahütte 66,25—6,50—65,75, Disconto-Komm.-Antheile 109,75—109,60, Berliner Handels-Gesellschaft genant 1 und 1/2, Berliner Kassenverein und Commerner je 1, Dessauer Gas-Gesellschaft und Courl je 1, Harpener verloren 2, Pluto und Arenberger je 3, Magdeburger je 1, Schluß schwach. Kreisobligationen, 5 pCt. 101,50 G., 4 1/2 pCt. 99,00 bez., 4 pCt. 93,40 bez.

Table listing railway bonds and other financial instruments like Magdeburg, Berlin, etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds from various companies like Magdeburg, Berlin, etc.